

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsgewinn geht an die Arbeiter



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreise monatlich, drei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18590, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

5 Jahrgang Dresden, Sonnabend den 2. Februar 1929 Nummer 28

Der Koalitionshandel perfekt?

Hindernisrennen um die „stabile“ Koalition

Berlin, 2. Februar. (Eig. Bericht)

Der Sozialdemokrat Hermann Müller war gestern vormittag bei Hindenburg, um mit ihm die Umbildung der Reichsregierung zu besprechen. Am Nachmittag verhandelte Müller mit Dr. Schulz von der Volkspartei, und mit Dr. Kaas und Stegerwald vom Zentrum sind neue Verhandlungen in Aussicht genommen.

Hindenburg hat dem Reichkanzler Müller zu verstehen gegeben, daß mit Rücksicht auf die Reparationskonferenzen jetzt unter allen Umständen eine Krise vermieden werden müsse. Das ist deutlich, Hindenburg soll auch dieser Koalitionsregierung auf die Weite helfen.

Die Kölnische Zeitung und auch die Hugenbergpresse beurteilen demzufolge die Aussichten für die Schaffung einer leistungsfähigen Koalition bedeutend günstiger.

Nach in Preußen sind die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung durch die Hinzubeziehung der Deutschen Volkspartei wieder aufgenommen worden. Wenn das Zentrum sich der Deutschen Volkspartei gegenüber nachgiebiger zeigt, könne schon in wenigen Tagen die Umbildung des Preußenkabinetts erfolgen.

Vor zwei Wochen noch hallte die Presse wider von den angeblichen Schwierigkeiten, die sich einer Stabilisierung der Großen Koalition entgegenstellten. Nach den letzten Meldungen scheinen diese Schwierigkeiten allerdings behoben zu sein.

Am Mittwoch hat der Reichsminister v. Guérard dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller im Namen der Zentrumsfraktion mitgeteilt, das Zentrum fordere eine sofortige Umbildung der Reichsregierung und könne nicht warten, bis die Umbildung der preussischen Regierung durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Preußenkoalition durchgeführt sei. Die Zentrumsfraktion trat gleich darauf zu und billigte den Vorschlag v. Guérards. Der Reichskanzler erwiderte dem Zentrumsvertreter, daß die Forderung des Zentrums auf Beibehaltung von drei Ministerien keine Anerkennung finde, und daß er selbst mit den Männern des Zentrums einig gehe.

Aber auch die Regierungsumbildung in Preußen bereitet keine Schwierigkeiten mehr. Am Freitag erklärte Hermann Müller dem volksparteilichen Koalitionssführer Dr. Schulz, daß die preussischen Koalitionsparteien bereit sind, die Deutsche Volkspartei in die Preußenregierung aufzunehmen; sie wollen das auch sehr bald tun und haben schließlich den Wunsch, die Regierungsumbildung in Preußen nicht als Fristen vom Reich her erscheinen zu lassen.

So sind also die „Schwierigkeiten“, die noch vor wenigen Wochen die Öffentlichkeit in Aufregung versetzten, wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Der Schlüssel für diese scheinbar unüberwindliche Situation liegt nicht beim Zentrum, wie die sozialdemokratische Presse jetzt schreiben machen will, sondern bei der Sozialdemokratie selbst. Bekanntlich hat Generalfeldmarschall von Hindenburg die Forderungen erhoben, daß die Große Koalition vier Jahre lang fest und unumschränkt herrschen soll; zu diesem Zweck müsse die Sozialdemokratie alles, die Arbeiterklasse die herkömmlichen „Opfer“ bringen. Das Programm für die Stabilisierung der Großen Koalition war damit theoretisch ausgearbeitet. In der politischen Praxis wurde es vernünftigerweise durch die Haltung der Sozialdemokratie in der Reichsversammlung gestützt und der Aufrechterhaltung überhaupt in der Generalkonferenz der Arbeiterpartei, in der Wirtschaftlichen Lohn- und Arbeitszeit-Schlichtungskommission mit dem Kaiserlichen Steuerprogramm. Diese Politik im Interesse des deutschen Amerikanismus und Sozialismus, die von der Sozialdemokratie unterstützt wurde und ohne sie in dieser Form nicht hätte durchführbar werden können, ist die wirkliche Basis der gegenwärtigen Stabilisierung der Großen Koalition.

Es war die Sozialdemokratie, die diesem Programm des „Zustimmens zum Leben“ und zu seiner „Festigung“ die unumschränkte Durchführbarkeit die letzte Koalitions-Umbildung herbeiführte. Die Kölnische Zeitung vom 1. Februar trifft das Richtige, wenn sie über die Forderungen des Zentrums für die Regierungsumbildung schreibt:

„Es fragt sich nun, ob nicht einer Partei, die zur parlamentarischen Mitarbeit und zur Beibehaltung der Regierungsbasis bereit ist, andere Kräfte abhandeln werden sollen. Offenbar ist der Reichskanzler dazu bereit.“

In der Tat hat der Reichskanzler Hermann Müller dem Zentrum „gute Absichten“, um die letzte Regierungsbasis der Großen Koalition zu festigen und der Politik des Steuerabbaus, der Aufrechterhaltung, der Lohnkürzung stärkere Rücksicht zu verleihen.

In derselben Linie führte Rudi Breitscheid auf dem Parteitag der Sozialdemokratie Braunschweig nach dem Bericht des „Braunschweiger Volksfreund“ aus:

„Jetzt muß der Staat mit dem recht beträchtlichen Defizit verabschiedet und die Deckung durch Steuern gefunden werden. Wenn da jede Partei auf ihren Steuerforderungen verharren wollte, gäbe es ein Chaos. Deshalb jetzt die Vorgesprächen über eine feste Koalitionsbildung... Jetzt noch Regierungsprogramme oder Richtlinien zur Voraussetzung zu machen, brächte weitere Schwierigkeiten, ohne daß eine Gewähr für die Durchführung gegeben wäre.“

Breitscheid machte diese Ausführungen im Auftrage und im Namen des Parteivorstandes der SPD und sie zeigen,

daß Hermann Müller mit seinen drei SPD-Ministern durchaus im Sinne seiner Partei handelte, wenn er die Verhandlungen über die Festigung der Großen Koalition beschleunigte und alle Forderungen, die vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei gestellt wurden, im Interesse der Koalitionsbildung widerstandslos annahm.

Die arbeitenden Massen, unter ihnen auch die von der Koalitionspolitik ihrer Partei schwer in Mitleidenschaft gezogenen sozialdemokratischen Arbeiter, müssen jedoch den Kampf um Sturz der Großen Koalition aufnehmen, denn daß diese nicht ihre Interessen vertreten will, das zeigt dieses widerliche Hindernisrennen um die Ministerstellen deutlich genug.

Das Wartestandsbeamtengefeß gefallen!

Berlin, 1. Febr. (Eig. Drahtbericht)

Nach ewigen Verhandlungen und Beratungen im Ausschuss und im Plenum des Reichstages ist nun endlich das Wartestandsbeamtengefeß der Regierung zu Fall gekommen. Da die wichtigsten Punkte des Gesetzes verfassungsgemäß sind, konnte seine Annahme nur bei Zweidrittel-Mehrheit verhindert werden. Diese verfassungsmäßige Zweidrittel-Mehrheit wurde jedoch in der Schlussabstimmung nicht erreicht. Der Rechner der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, hat sich für die Annahme des Gesetzes ausgesprochen, was sich zwar die größte Mühe, bei seinen Anhängern von der bayerischen Volkspartei, doch für das Gesetz zu gewinnen. Aber die Bayern teilten sich, und auch im Zentrum wußte man nicht so recht, wie man bei der Schlussabstimmung stimmen sollte. Die Ausschließung der Stimmlisten ergab 250 Stimmen mit ja, 122 mit nein und 40 Stimmenthaltungen.

Zum erstenmal im neuen Reichstag fiel also eine Regierungsvorlage. Kein Beamter wird darum trauern, denn zu offensichtlich entpuppte sich das Gesetz als beamtenfeindlich. Bei allen Beratungen und Reden der Regierungsparteien wurde nichts Entscheidendes geändert. So konnte Genosse Torgler noch einmal bei der letzten Beratung die Rufe der Mängel im Gesetz aufzählen und an besonders drastischen Stellen die Beamtenfeindlichkeit nachweisen. Die Sozialdemokraten befanden sich in einer unangenehmen Situation. Erläutern müssen sie schlüsseln, was ihnen von dieser Regierung erreicht wird und weitens stehen sie unter dem Druck der Beamtenorganisationen, die sich sehr gegen das Wartestandsbeamtengefeß ausgesprochen. Was machen da unsere sozialdemokratischen Parlamentarier? Sie tun noch außen als ob sie einige Verbesserungen „erklärt“ hätten, ergeben sich in blöder Demagogie über kommunalistische

deutsch-nationale Einheitsfront und stimmen dann dem Gesetz zu als dem „kleineren Übel“. Die Sozialdemokraten stellen auch die Beamtenpolitik ihrer gesamten Regierungspolitik unter und wagen schon darum nicht, gegen das Gesetz zu stimmen, weil sie von einer Niederlage der Regierung eine Erleichterung der Verhandlungen um die Große Koalition erblickten. Alle Versuche des Herrn Hilferding und alle eifrigen demagogischen Reden der sozialdemokratischen Beamtenvertreter konnten jedoch nicht verhindern, daß das Gesetz zu Fall kam. Nicht unannehmlich ist, daß das Zentrum, um eben einen neuen Druck auf die Koalitionspartner auszuüben, einen Teil seiner Leute abkommandierte und so auch wahl-demagogisch sich Vorteile zu verschaffen suchte.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten hat die kommunistische Fraktion ihre Entwürfe zum Gesetz unbeeinträchtigt auf irgendwelche Rücksichtnahme auf Koalitionspartner ausschließlich im Interesse der Wartestandsbeamten gestellt. Genosse Torgler gab zum Schluss namens der kommunistischen Fraktion die Erklärung ab, daß die Kommunisten ihre Entscheidung in der Schlussabstimmung von dem Schicksal ihrer Entscheidung in der beiden entscheidenden Punkten abhängig machen: volle Anrechnung der Wartestandszeit und Beibehaltung des Streikrechtes. Genossen der im belanderten der Reichsbahnpartei die Möglichkeit abt, bei Lohnkämpfen von Arbeitern und Angestellten bei der Reichsbahn und in den Monaten der Reiseferien auf die Wartestandsbeamten als Reservarmee zurückzuführen. Nachdem diese Entwürfe abgelehnt wurden, und zwar mit den Stimmen der Regierungsparteien, stimmte die kommunistische Fraktion gegen das Gesetz.

Das Wartestandsbeamtengefeß ist insofern ein Zeichen dafür, was alle Beamten in den unteren und mittleren Gruppen von den Wahlberechnungen der Sozialdemokraten vor dem 20. Mai zu halten haben und was sie in Zukunft noch als Ergebnis sozialdemokratischer Koalitionspolitik noch erwarten dürfen.

Der sächsische Metallarbeiterlohnstarif gelündigt

Die sächsischen Metallindustriellen haben den Lohnstarif vom 4. Mai 1928 zum 31. März 1929 für das Gebiet der sächsischen Metallindustrie gelündigt. Sie schlagen dem Deutschen Metallarbeiterverband in Dresden vor, die sächsischen Löhne beizubehalten und das Abkommen bis 1931 zu verlängern. Dieses Abkommen soll dann erstmalig zum 31. März 1931 mit zwei Monaten vor dem Ablauf der Zeit gelündigt werden können. Die Metallindustriellen haben die Gewerkschaften zu einer Verhandlung am 14. Februar nach Dresden eingeladen, dort wollen sie ihre Resolutionen schriftlich vorbringen.

In diesem Vorfall sind die sächsischen Kapitalisten in der Metallindustrie ermuntert worden durch den Schiedsspruch von Goerz, durch die Schlichtungsorgane von Wiesel und durch das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie in den letzten Monaten, die jeder Auseinandersetzung mit dem Kapital aus dem Wege zu gehen. Die Metallarbeiter Sachsen müssen unerschrocken ihre Forderungen aufstellen. Aus dem letzten großen Metallarbeiterkongress in Sachsen im April 1928 gilt es zu erkennen, daß unter keinen Umständen den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten die Führung des Kampfes übertragen werden darf, sondern ihnen ist von den einzelnen Metallarbeiterkongressen zu wählen und die selbst die Führung des Kampfes um die Forderungen der Metallarbeiter gegen die Industriellen übernehmen.

Ausbruch des Streiks hinauszuschieben, um weitere Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss herbeizuführen. Eine in der „Grünen Schänke“ tagende Rieserversammlung des technischen Personals beschloß gegen 2 Stimmen, ab Sonnabend früh in den Streik zu treten. Es wurde eine Kampfbewegung gewählt.

Ausdehnung der Textilarbeiterbewegung

Schamloses Verhalten der Reformisten
Greiz, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
Die in Meerane und Glauchau sowie in Mühlhausen lebenden arbeiter Weberschützen haben gestern Freitag mit Arbeitschluss ebenfalls ihre Tore geschlossen. Die sächsisch-thüringische Ausdehnung erfährt dadurch eine weitere bedeutende Ausdehnung.

Greiz, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
In der am 30. Januar von der Gewerkschaftsopposition einberufenen Versammlung der Arbeiter und ausgereiterten Textilarbeiter gab in der Diskussion der sozialdemokratische Textilarbeiter-Verbandsbeauftragte folgende Erklärung ab: „Ich habe den Mut in dieser Versammlung den Unorganisierten die Wahrheit ins Gesicht zu schreien, daß sie vom Verband wie auch von den Kommunen oder staatlichen Institutionen keinen Pfennig erhalten.“ Diese schamlose Verhöhnung löste in der Versammlung große Empörung aus. Aus der Mitte der Teilnehmer wurde eine Kommission gewählt die beim Stadtrat den Antrag einbringen soll, den ausgereiterten und streikenden Textilarbeitern aus sächsischen Mitteln Unterstützung zu zahlen. Als die Kommission am Freitag bei dem sozialdemokratischen Wohlfahrtssekretären vorstellig wurde, erklärte dieser die Anträge abweisen zu müssen.

Der Kampf in Ramens

Seit Montag dem 28. Januar, sind in Ramens etwa 120 Textilarbeiter ausgetreten, nachdem am 21. Januar circa 170 Arbeiter in den Streik traten, weil die Unternehmern sich weigerten die Arbeiterpreise auszubehalten. Damit haben nun gegen 600 Textilarbeiter im Kampf und die gesamte Ramenser

Leipziger Straßenbahner beschließen Streik und wählen Kampfbewegungen

Leipzig, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
Das technische Personal der Leipziger Straßenbahn, das in einer Lohnbewegung hand, wurde von den Unternehmern in mehreren Schlichtungsverhandlungen hingenommen. Als Ende März sollte ihnen eine „Lohnerhöhung“ von 2 Pf. gewährt werden, und dann erst, die Lohn-erhöhung, die die Staats- und Gemeinbediensteten erhalten sollten. Die Straßenbahner nahmen zu dem vorläufigen Ergebnis am Freitag in den Betrieben eine Urabstimmung vor, nach der eine Mehrheit von 85 Prozent für den Streik vorhanden war. Die DVB-Ortsverwaltung verurteilt, den